

lächlich des 13. Jahrestages der Befreiung Ungarns vom Faschismus sagte, keine andere Politik als die der friedlichen Koexistenz, die Politik der sinnvollen Kompromisse, die kein Land übervorteilt und die Sicherheit eines jeden Staates garantiert.

Was zwischen den Atommächten ajszuhandeln ist, muß ehrlich gewollt sein, anders hat eine Vereinbarung keinen Sinn und keinen Bestand. Die Völker wissen um die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der sowjetischen Friedensbemühungen, um den unbeirr- baren Kampf der Sowjetunion für das vorbehaltlose Verbot der Kernwaffen, für die unverzügliche Ein- stellung der Kernwaffenversuche und für die Liquidie- rung des kalten Krieges in seinen mannigfachen Er- scheinungsformen — die Staatsmänner und Diplomaten in Washington und Bonn müssen es noch lernen! Der weltweite Protest gegen das Nein aus Washington zeigt ihre wachsende Isolierung und sollte ihnen Ver- anlassung zum Nachdenken und Umdenken sein.

Am 25. März 1958 beschloß die reaktionäre CDU- Mehrheit des Bonner Parlaments die Ausrüstung der Bundeswehr mit „modernsten“ Waffen“; es wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß darunter Atomwaffen zu verstehen seien. Inzwischen wurden mit Frankreich die ersten Vereinbarungen über eine Starthilfe bei der Entwicklung dieser „modernsten Waffen“ abgeschlos- sen, und in den USA wurden die ersten Lehr- und Versuchsmodelle erworben.

Die voreilige Ablehnung der sowjetischen Initiative zur Einstellung der Kernwaffenversuche durch Wa- shington und der Beschluß des Bundestages vom 25. März stehen in engem Zusammenhang. Beide sind auf dem gleichen, höchst giftigen Nährboden ge- wachsen, nämlich dem Antisowjetismus, „dem Hexen- wahn des 20. Jahrhunderts“, wie ihn der bekannte westdeutsche Publizist und Zeitungswissenschaftle¹ Prof. Dr. Hagemann kürzlich treffend kennzeichnete¹. Wer gegen diesen Hexenwahn auftritt, den versucht man „durch Rufmord gesellschaftlich zu diffamieren, (ihm) die materielle Existenzgrundlage zu entziehen und ... in der physischen Existenz zu treffen. Ein einziges kritisches Wort kann ausreichen, um den Verräter an der freien Welt auf die schwarze Liste zu setzen, ihn einem Disziplinarverfahren oder dem Boykott seiner Klienten oder Kunden auszusetzen. Man hat im Dritten Reich gelernt, wie man so etwas macht... Die Exekutoren sind teilweise die gleichen Leute, die dies Metier schon im Dritten Reich ausgeübt haben und die nur darauf zu warten scheinen, daß die Konzen- trationslager bald wieder eingeführt werden.“*

Durch den Beschluß vom 25. März werden Hitler- Generalen und Revanche-Politikern Kernwaffen in die Hand gegeben. Was z. B. der Bonner „Verteidigungs“- Minister Strauß mit solchen Waffen machen will, hat er am Vorabend seiner letzten Amerika-Reise in einem AP-Interview auseinandergesetzt, wo er sich über Frieden und Sicherheit durch „atomare Abschreckung“ wie folgt äußerte: „Das Echo auf den ersten (nach Herrn Strauß selbstverständlich von östlicher Seite abgegebenen — G. R.) Gewehrscuß... wird eine nukleare oder thermonukleare Explosion sein.“ Ein Gewehrscuß, von dem niemand später feststellen kann, wer ihn wann und wo abgefeuert hat, genügt Herrn Strauß, um Deutschland und die Welt in den Atomkrieg zu stürzen. Vor diesem Hintergrund werden die beschwörenden Worte des FDP-Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Dr. Maier verständlich, der davor warnte, dem „neuen Reichskriegsminister“ Strauß ein Feldgeschütz oder gar eine Atomrakete anzuvertrauen.

Für den Fall — der durch die Anstrengung aller friedliebenden Menschen verhindert werden muß —, daß die Bundesrepublik in einen NATO-Atomkrieg verwickelt wird, und für den weiteren Fall, daß die Bundesbürger eines Tages des Atomkrieges überdrüssig werden und nicht mehr zu seiner Fortsetzung bereit¹²

¹ Hagemann, Der Hexenwahn des 20. Jahrhunderts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3 vom 20. März 1958, S. 161 ff.

² Hagemann, a. a. O. S. 165.

»

sind, müssen sie nach Heft 2/1957 der NATO-Zeit- schrift „Revue Militaire Générale“ damit rechnen, daß sie aus Gründen der „militärischen Notwendigkeit“ von ihren NATO-Partnern mit NATO-Atombomben durch in Nordafrika stationierte NATO-Verbände „aus- geschaltet“ werden. „Ausschalten“ — das ist die ver- niedlichende Umschreibung für Tod und Vernichtung!

Gegen diese bundesrepublikanische Neuauflage wilhelminischen und hitlerischen Säbelrasselns, ver- mehrt um die NATO-Vernichtungsstrategie, wehrt sich das ganze deutsche Volk und mit ihm alle den Frieden liebenden Menschen in der ganzen Welt.

Volkskammer und Regierung der Deutschen Demo- kratischen Republik haben seit Jahren vor den ver- hängnisvollen Folgen der westdeutschen Aufrüstung gewarnt. Diese Warnungen sind nicht ungehört ver- halten. Vom Paulskirchen-Manifest über die Erklärung der Göttinger Achtzehn bis zum Aufruf von 44 Uni- versitätsprofessoren an die gewerkschaftlich organi- sierte Arbeiterklasse und den jüngsten Umfragen der Meinungsforscher zeigt sich, daß die westdeutsche Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit die atomare Bewaffung der Bundeswehr ablehnt; eine Erhebung des EMNID-Instituts ergab, daß 83 Prozent der Befragten die Ausrüstung mit Atomwaffen ver- neinten, und selbst solche, die bei der letzten Bundes- tagswahl CDU gewählt hatten, waren zu 71 Prozent dagegen!

Wenn dennoch gegen den Willen des Volkes die Atombewaffung beschlossen wurde, dann ist nach dem Versagen des Bonner Parlaments das Volk zum Handeln aufgerufen und legitimiert. In Art. 21 des Bonner Grundgesetzes heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit.“ Mitwirken — das heißt doch, daß die Parteien im Parlament nur eine Seite, eben die parlamentarische Seite der politi- schen Willensbildung, darstellen und daß es daneben noch eine andere Seite, die außerparlamentarische Seite, der Willensbildung des Volkes gibt, von dem nach Art. 20 alle Staatsgewalt ausgeht — oder besser: ausgehen soll. Außerparlamentarische Aktionen, wie sie in Form von Unterschriftensammlungen, Protest- demonstationen, Volksbefragungen und Streiks von den Gewerkschaften, der Aktionsgemeinschaft „Kampf dem Atomtod“ u. a. vorbereitet und durchgeführt wer- den, sind als nationale Notstandshandlung gerecht- fertigt und verfassungsrechtlich legitimiert. Aus den gleichen Gründen sind die von einzelnen SPD-Länder- regierungen beabsichtigten Volksbefragungen zulässig und können daher nicht von Bonn im Wege des Bun- deszwanges nach Art. 37 untersagt werden.

In dieser Situation, in der die westdeutsche Bevöl- kerung in Bewegung gerät, rufen die Bonner Atom- kriegler nach dem Staatsanwalt und fordern die Mund- totmachung und Ausschaltung aller Gegner einer atomaren Aufrüstung. So wurde im „Rheinischen Merkur“ vom 28. März, dem Sprachrohr der Bonner Klerikalfaschisten, ein anonymer Aufsatz veröffent- licht, in dem die Ausführungen des hessischen Kirchen- präsidenten Niemöller über die Notwendigkeit eines Generalstreiks im Kampf gegen die atomare Auf- rüstung zitiert werden, um daran folgende Denunzia- tion zu knüpfen: „Es ist geboten, Niemöller zu fragen, ob er zu diesen Zitaten steht; denn dann hätte er wirklich eine letzte Grenze überschritten... Er hätte sich zum Anwalt und Prediger der Unordnung, zum Zerstörer von Freiheit, Widerstandswillen und Selbst- behauptung gemacht, ja, er hätte sich sogar strafrecht- lich exponiert und die Frage an die Justiz heraus- gefordert, ob sie diese Erschütterung und Aushöhlung des staatlichen Regiments länger dulden will.“

Dieser Gesinnungsterror ist, wie bereits weiter oben gezeigt wurde, typisch für die Kampfweise der Atomkriegler zur politischen Entmündigung des Volkes.

Die Bindung Westdeutschlands an die NATO ist nicht nur für die westdeutsche Atomaufrüstung, son- dern auch für die vertiefte Spaltung Deutschlands ver- antwortlich zu machen. Die NATO ist eines der größ- ten Hindernisse für die deutsche Wiedervereinigung. Der Kampf gegen die westdeutsche NATO-Mitglied- schaft ist daher unerlässlich. Ein neuer Ansatzpunkt dieses Kampfes ergibt sich aus Art. 12 des/ NATO- Vertrages von 1949; danach nehmen nach zehnjähriger